

Bonn, den 19. Juni 1962

P/XVII/126

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Freiwild?

45

Tägliche Verletzung der Menschenrechte
Warum keine Anrufung der Vereinten Nationen?

2 - 3

Die Stimme der Jugend

87

Zur Tagung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes
Von Waldemar Ritter

4 - 5

Fall Reinefarth: Immer noch kein Ende

57

"Mit Erschossenen 10 000"

6 - 7

Zankapfel Kashmir-Grenze

84

Die große "Freundschaftsoffensive" Pekings
Von Erwin Erasmus Koch

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Freiwild ?

Tägliche Verletzung der Menschenrechte

Warum keine Anrufung der Vereinten Nationen ?

sp - Mitten im Herzen Deutschlands, an der Schandmauer in Berlin und entlang der Zonengrenze geschehen fast täglich Morde. Volkspolizisten schießen auf Geheiß ihrer Herren auf Frauen, Kinder und Männer, die versuchen, die Grenze der Unfreiheit und des Terrors zu überschreiten. Wachsende Verzweiflung macht sich im besetzten Mitteldeutschland breit. Was muss in den Menschen vorgehen, die unter Verachtung der Todesgefahr aus dem Ulbrichtstaat in den Westen zu fliehen versuchen? Die Sprache und das Vorstellungsvermögen reichen hier zur Schilderung der Pein dieser unglücklichen Menschen - unsere Brüder und Schwestern - nicht aus. Deutsche schießen auf Deutsche und mordeten Deutsche, dies ist die furchtbare und bedrückende Gegenwart, in der wir uns als eine durch fremde Willkür geteilte Nation befinden. Für Ulbricht und seine Schergen sind Deutsche Freiwild, sofern sie es wagen, ein selbstverständliches Recht zu beanspruchen - das Recht, dorthin zu ziehen, wo sie sich als Menschen wohlfühlen können. Die Vopo schreckt auch nicht vor dem Mord an eigenen Kameraden zurück; wer seine Sympathie mit den Flüchtenden beweist, sich noch ein Herz bewahrt hat, ist ein Todeskandidat. Auch ihn trifft die Kugel.

Dieser Zustand birgt unendliche Gefahren in sich. Hier wird Zündstoff gespeichert, der eines Tages zur schrecklichen Explosion führen kann. Die Westberliner Polizei tut im Rahmen sehr eng begrenzter Möglichkeiten alles, um die Übergriffe der Vopo auf ein Mindestmaß zu beschränken. Unmenschliches wird von ihr verlangt. Sie muss zusehen, wie Kinder im Stacheldraht verbluten, angeschossene Flüchtlinge von Vopos zurückgeholt und einem ungewissen Schicksal ausgeliefert werden - übersteigt das nicht das Maß dessen, was ein mitfühlender Mensch ertragen kann?

Was an der Mauer und an der Zonengrenze täglich geschieht, ist eine Herausforderung der Menschenrechte und eine grausame Verhöhnung der Charta der Vereinten Nationen. Was in aller Welt lässt unsere Bundesregierung zögern, diesen unerträglichen Zustand vor dem Tribunal der Vereinten Nationen anzuprangern? Die Vereinten Nationen wären das zuständige Gremium, die ganze Welt auf die permanente Verletzung der Menschenrechte in Berlin und längs der Zonengrenze hinzuweisen. Es hat in der letzten Zeit nicht an Bemühungen in dieser Richtung gefehlt, sogar ein Minister der jetzigen Bundesregierung erwähnte, eine solche Vorgangsweise sei wünschenswert. Aber die Regierung als solche hat sich zu einer Initiative nicht aufraffen können. Alle Gründe sprechen dafür, Zurückhaltung nun aufzugeben. Sie ist nicht angebracht, ja sie ermuntert Ulbricht geradezu, in seinem mörderischen Tun fortzufahren. Man weiss, dass sogar seine Beschützer in Moskau davon nicht erbaut sind; sie fürchten, in eine Situation hineingezogen zu werden, die sie selbst nicht wollen und wollen können. Wir sind es uns und den Menschen in der Zone schuldig, die Vereinten Nationen auf die tägliche Verletzung ihrer Charta aufmerksam zu machen. Nur wir können es tun und dürfen dabei gewiss sein, Gehör zu finden.

Die Stimme der Jugend

Zur Tagung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes

Von Waldemar Ritter

Die Studenten in der Bundesrepublik sind im allgemeinen freier als die anderen Bürger in unserem Staat. Sie sind beruflich nicht gebunden und haben auch im allgemeinen weniger Abhängigkeiten als diese. Dieser Tatbestand wurde auf der III. Bundesdelegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes in Welper bei Hattingen nicht nur klar erkannt, sondern vor allem als eine Bindung gesehen, die jeden Studenten, insbesondere aber jedes Mitglied des SHB dazu verpflichtet, mit Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß Staat und Gesellschaft mitzugestalten.

Gesellschaftliche Fragen sind politische Fragen, sagte einer der Delegierten unter dem Beifall der Versammlung. Und wie ernst der SHB diese Frage nahm, sollte sich nicht nur in der allgemeinen Debatte, auch nicht nur in den mit Temperament geführten Verfahrensfragen zeigen. Diese Studenten packten brennende Fragen der Politik, wie das Problem der Wiedervereinigung, die Situation in Spanien und die Frage nach den deutsch-polnischen Beziehungen so nüchtern und schwingvoll an, dass es manchem Parlamentarier zur Ehre gereicht hätte, unter diesen Delegierten gesessen zu haben.

Im Mittelpunkt: Wiedervereinigung

Im Mittelpunkt der Tagung stand das Referat von Professor Dr. Richard Löwenthal von der Freien Universität Berlin über die Bedeutung Berlins im Ost-West-Konflikt. Seine Rede war nicht als Festvortrag gedacht, sondern lieferte einen Beitrag zu der intensiven aussenpolitischen Diskussion, die der SHB unter seinen Mitgliedern führt und in wachsendem Maße in die Studentenschaft hineinträgt. Deshalb war es konsequent, dass der Studentenverband einige grundsätzliche Erkenntnisse und Forderungen zur Deutschlandpolitik in einem Memorandum festlegt. In diesem Memorandum stellt der SHB fest, dass Wiedervereinigung und Freiheit für die Sowjetzone keine Alternativen sind, sondern einander bedingen. Wenn auch die Wiedervereinigung heute in einem Zuge nicht mehr zu erreichen ist, so soll man doch nicht darauf verzichten, eine Veränderung des Status quo in Europa anzustreben. Vom Westen verlangt der SHB, aus dem bisherigen "Maginotdenken" herauszukommen und zu einer offensiven Politik überzugehen. Dazu gehört die Ausnützung der Schwächen des Ostblocks. Als die grösste Schwäche der Sowjetunion sieht der SHB ihr "Kolonialsystem" in Europa und vor allem die Dauerkrise in der Zone an. Daher lehnt er auch jede wirtschaftliche Hilfe an die Zone, ausser zur Linderung akuter menschlicher Not, ab. Um aus der Sackgasse isolierter Berlinverhandlungen herauszukommen, empfiehlt der Studentenverband das Deutschlandproblem durch einen westlichen Friedensvertragsentwurf wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Spanien darf kein zweites Kuba werden

Um den Kampf gegen eine andere Diktatur ging es dem SHB, als er den Westen aufforderte, das Franco-Regime zu stürzen, um in Spanien die Demokratie einzuführen und um gleichzeitig zu verhindern, dass aus diesem Lande ein zweites Kuba wird. Der SHB lehnte nicht nur die Assoziation Spaniens an die EWG, sondern jede Wirtschaftshilfe an das diktatorische Regime ab. In der Frage der Verbesserung der Beziehungen zu unserem polnischen Nachbarvolk ging es dem SHB, als er forderte, auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen hinzuwirken. Der Studentenverband selbst will sich um einen intensiven Austausch von Studentendelegationen mit Polen bemühen.

Eine der wichtigsten Aufgaben eines Studentenverbandes liegt auf dem Gebiete der Hochschulpolitik. Der SHB legte hier ein umfangreiches Memorandum zur Struktur und Aufgabe von Studentenwohnheimen vor. So forderte er den verstärkten Bau von Wohnheimen, damit 130 000 Studenten ihrem Wunsche nach untergebracht werden können. Auch für die ständig zunehmende Zahl der Studentenehepaare soll hier besonders gesorgt werden.

Um die Rechte der Studentenschaft

Mit den Neugründungen von Hochschulen beschäftigte sich der SHB kritisch, als er der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vorwarf, ihre Neugründungen - anscheinend aus mangelhaftem Interesse - immer wieder hinauszuschieben. Er verlangte die Beteiligung von Studentenvertretungen an den Neugründungskommissionen. Es ist zu hoffen, dass die Landesregierung diesen berechtigten Wunsche entspricht. Weiterhin forderte der Sozialdemokratische Hochschulbund die Länderparlamente und Landesregierungen auf, die Aufgaben und Rechte der Studentenschaft innerhalb der Universität gesetzlich zu regeln.

Der SHB begrüsst den Entwurf der SPD-Fraktion im Bundestag zu einem Gesetz über die Ausbildungsförderung. Zusätzlich schlägt er jedoch vor, die Studentenförderung in einem Gesetz zu Art. 74 Abs. 13 in Verbindung mit Art. 72 Abs. 2 Ziffer 3 zu regeln, wobei die Förderung der Studenten nach den Grundsätzen des SPD-Entwurfs erfolgen soll.

Bund der demokratischen Linken

Der Sozialdemokratische Hochschulbund hat auf dieser Versammlung gezeigt, dass er nicht nur der zahlenmässig zweitstärkste politische Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland ist, sondern in der Lage ist, realistische Vorstellungen auszuarbeiten und mit Energie zu vertreten. Die Vielfalt und Spannweite der lebhaft geäußerten Meinungen und der Wille, Verhältnisse nicht nur zu kritisieren, sondern aktiv mit- und umzugestalten, war eines der auffallendsten Kennzeichen der Konferenz. Auch der neugewählte Bundesvorstand bekundete am Ende der dreitägigen Beratungen seinen Willen, den Sozialdemokratischen Hochschulbund als den Studentenverband der demokratischen Linken für alle Kräfte offenzuhalten, die bereit und willens sind, auf dem Boden des demokratischen Sozialismus unsere Gesellschaft, insbesondere aber an den Hochschulen und Universitäten, aktiv zu gestalten.

Fall Reinefarth: Immer noch kein Ende

sp - Zu einem Fall, der die deutsch-polnischen Beziehungen erheblich belastet, gehört der Fall Reinefarth - aber der Flensburger Oberstaatsanwalt Biermann hat Zeit. Seit August 1961 ermittelt Biermann erneut gegen den früheren Generalleutnant der Polizei und SS-Gruppenführer Reinefarth und man hörte bisher nur, dass es die umfangreichsten und langwierigsten Ermittlungen seien, die in Schleswig-Holstein überhaupt je geführt worden sind.

Schon einmal hatte Biermann gegen Reinefarth wegen dessen Beteiligung an der grauenhaften Niederschlagung des nationalpolnischen Aufstandes im August 1944 ermittelt, aber dieses Verfahren war nach siebenwöchigen Überprüfungen am 1. Oktober 1958 zum Vorteil Reinefarths eingestellt worden. Reinefarth konnte damals drei Wochen später ungehindert in das Landesparlament für den BHE einziehen, hat allerdings nunmehr für eine neue GDF-Kandidatur im Abgeordnetenhaus verzichtet.

Inzwischen hat der Lüneburger Geschichtshistoriker Hanns von Krannhals in mühevoller Kleinarbeit dem Oberstaatsanwalt Biermann neue Unterlagen zugeschickt, über die er kaum mehr hinwegsehen dürfte. Seinerzeit erfolgte die Einstellung, weil nur Bruchstücke des Tagebuchs der neunten Armee bekannt waren, die den Warschauer Aufstand niederschlug und in deren Rahmen Reinefarth im Auftrage Himmlers tätig war. Biermann konnte dem Reinefarth damals nicht nachweisen, wann er genau in Warschau eintraf, um für die Ermordung von mindestens 15 000 polnischer Zivilisten mitverantwortlich zu sein.

Inzwischen sind aus amerikanischen Staatsarchiven und aus dem Bundesarchiv in Koblenz die dort schon jahrelang lagernden Anlagebände zur neunten Armee durch von Krannhals ausgewertet worden. Er kam zu Feststellungen, die man schon bei den ersten Ermittlungen gegen Reinefarth hätte treffen können: Nämlich, Reinefarth war am 5. August 1944, als

die Tötung der Zivilisten in vollem Gange war, auch mit voller Befehlsgewalt als Kommandeur in Warschau tätig. Ihn unterstanden die berüchtigten Angriffsgruppen Dirlwanger und Kaminski, welche die Tötungen vornahmen.

Reinefarth wird sich jetzt gegen den Vorwurf zu verantworten haben, dass am 5. August in der unmittelbaren Nähe seines Befehlsstandes am Westrand des Stadtteiles Wola die Massentötungen durch die Einheit Dirlwanger vorgenommen worden sind. So wurden in der Sichtweite seines Befehlsstandes an der Kreuzung Wolskastrasse und Syrenystrasse am 5. August 7 200 Zivilisten umgebracht. Bisher hatte Reinefarth immer bestritten, schon am 5. August 1944 mit aller Befehlsgewalt versehen in Warschau gewesen und die berüchtigsten Einheiten Dirlwanger und Kaminski überhaupt befehligt zu haben. Die in den Anlagebüchern zur neunten Armee enthaltenen Dokumente besagen das Gegenteil - allerdings muss die direkte Verantwortlichkeit Reinefarth nachgewiesen werden.

Aber auch in dieser Hinsicht gibt es mehrere Dokumente, die es ihm diesmal nicht so leicht machen dürften, ungeschoren davon zu kommen. Da ist nämlich vom 5. August 00 Uhr nachts ein telefonisches Kommandeurgespräch aufgezeichnet worden, das ein Leutnant Waller - wie bei Telefonbefehlen üblich - in einer Kladde stichwortartig festhielt. Dieses Gespräch fand zwischen dem Oberbefehlshaber der neunten Armee, dem General der Panzertruppen von Vormann, und dem SS-General Reinefarth statt. Auf die Frage nach der Lage antwortete Reinefarth: "Langsam, was soll ich mit den Zivilisten machen? Ich habe weniger Munition als Gefangene". Und auf die Frage nach den feindlichen Verlusten schliesslich antwortet Reinefarth: "Mit Erschossenen über 10 000".

+ + +

Zankapfel Kashmir-Grenze

Von Erwin Erasmus Koch

Unser Korrespondent E.E. Koch berichtete bereits Anfang des Jahres aus Karachi, dass zwischen Rotchina und Pakistan Verhandlungen zur Festlegung des Grenzverlaufs an den Südhängen des Himalayas, von Azad Kashmir und der chinesischen Nord-West-Provinz Sinkiang, stattfinden. In Rawalpindi forderten einflussreiche Politiker Pakistans sogar den Austritt des Muslim-Staates aus der SEATO, wenn nicht die Vereinten Nationen und insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika Jawaharlal Nehru zur Einlösung seiner wiederholten, niemals erfüllten Versprechungen veranlassten, dass die Menschen von Kashmir in einer Volksabstimmung selbst über ihre staatliche Zusammengehörigkeit entscheiden. Die Meldung unseres Berichterstatters über geheime Unterhandlungen der Regierungen in Peking und Karachi wurden nunmehr bestätigt. Die Volksrepublik China setzt ihre "Freundschaftsoffensive" in Südwest- und Südost-Asien fort, um Indien einzukreisen. Die Redaktion.

Peking hat sich im Spiel der Mächte eines Trumpfs bedient, es hat die Kashmir-Frage gegen Indien und zugleich gegen die Vereinten Nationen und die Vereinigten Staaten von Amerika ausgespielt. Der kommunistische Mandarin in Karachi, Geng Biao, Botschafter der Volksrepublik China am Regierungssitz des Staatspräsidenten und Generalfeldmarschalls Ayub Khan, war gegen Ende 1960 mit seinem Wagen aus der chinesischen "Automobilfabrik Nummer 1" mehrfach vor der Hauptbaracke des Auswärtigen Amtes der Pakistani an der Elphinstone Road vorgefahren und schnell hinter den Flügeltüren verschwunden. Bald danach erschienen in der "Pakistan Times" gezielte Infiskretionen. Chou En-lai habe im Auftrage Mao Tse-tungs die Demarkierung des Grenzverlaufs "zwischen den zehntausend eisbedeckten Gipfeln des Himalaya-Massivs", zwischen Azad Kashmir und der geheimnisvollen, rotchinesischen autonomen Provinz Sinkiang, angeregt. Die indische Presse war entrüstet, zumal der Muslim-Botschafter Sultanuddin Ahmad in Peking an "Tor des Rinnlichen Friedens", wenn auch nur mit vagen Vorschlägen, anpöckte.

Gespräch mit Mohammed Ayub

Ich sprach dann mit Mohammed Ayub, dem bewährten Führer der Pakistani Delegation bei den Vereinten Nationen und neuerdings Botschafter in Bonn. Mister Ayub bestätigte mir ausdrücklich die Verhandlungen in Karachi und Peking. Mao Tse-tung wünsche, dass die Grenzen am Rande der Gletscher-Berge festgelegt und durch Abkommen sanktioniert würden. Indien behaupte ganz allgemein im gesamten Himalaya-Massiv, durch die Wasserscheiden gekennzeichnet, natürliche Grenzen gegen China und den von Peking okkupierten einstigen Kirchenstaat auf dem Dach der Welt zu besitzen. Tatsächlich gebe es keine anerkannten derartigen Demarkationen. Selbstverständlich habe Indien auch Ost-Kashmir widerrechtlich besetzt, und der Anspruch Jawaharlal Nehrus auf Azad Kashmir (das "Freie Kashmir"), auf den westlichen Teil des Staates der Kashmiri, sei dem Hirn von Geschichtsfälschern entsprungen.

Mohammed Ayub sagte, Indien bediente sich 1947 einer fadenscheinigen Intrige, als es angeblich widerstrebend von dem Hindu-Maharaja über Kashmir den Thronverzicht und die Abtretung seines hundert Jahre zuvor der East India Company abgekauften Territoriums zur Kenntnis nahm und sie akzeptierte. Ohne Zweifel - und so sehr die maßgebenden Staatsmänner des Westens auch darüber hinwegzusehen beliebten - ist Kashmir überwiegend von Muslims bewohnt und daher, gemäss dem Sinn der Teilung Indiens, auch Pakistan zugehörig. Die Pakistaner fordern nicht etwa chauvinistisch dieses Land; sie verlangen lediglich die Volksabstimmung, und alles andere würde sich dann von selbst ergeben.

Unterdessen sind die Grenzverhandlungen zwischen Peking und Karachi fortgeschritten, was bedeutet, dass Rotchina den Anspruch Pakistans auf Kashmir formell anerkennt, hingegen der Westen nicht einmal das Plebiszit, für das Mehru sein Wort verpfändete, in Srinagar (Kashmir) durchsetzen konnte, wo der Sohn des abgedankten Kashmir-Maharajas als Gouverneur Indiens residiert.

Provisorium blutende Grenze

Hunderttausend schwer bewaffnete indische Soldaten stehen ihren Muslim-Brüdern aus Pakistan an der "Waffenstillstandslinie" gegenüber, die 1948 nach dem Aufstand in Kashmir zustandekam. Sie sollte ein Provisorium sein und wurde eine blutende Grenze.

Peking hat diesen Streit um das Selbstbestimmungsrecht der Kashmiri zum roten Trumpf gemacht und spielt ihn in seiner asiatischen Freundschaftsoffensive weiter aus. Sie schliesst Burma ein, wo den sicheren Vernehmen nach die selbst der Hilfe bedürftigen Chinesen abermals drei Millionen US-Dollar als Entwicklungsdotation hinterliessen und wo sie weiter eine erstaunlich präzise arbeitende, komplette Textilfabrik, "made in China", installierten. Sie schliesst Buthan und Sikkim ein, wo beide Maharajas den roten Mandarinen ihre Reverenz erwiesen und die gewünschten Grenzkorrekturen "im freundschaftlichen Geiste" zusagten. Und sie schliesst Nepal ein, wo der König Mahendra, verärgert wegen der Unterstützung der Republik Indien an die emigrierte Opposition seiner Dynastie, seine Fäden mit Peking spann. Cou En-lai dürfte die neue Demarkierung der Grenze im Gebiet des Mount Everest zugunsten Chinas nach Peking berichten, und er konnte das Vertragswerk abschliessen, das den Bau der Fernstrasse von Katmandu (Nepals Hauptstadt) nach Lhasa und weiter nach Sinkiang vorsieht. Die Arbeiten wurden bereits aufgenommen.

Peking operiert vorsichtig, zielbewusst, weitschauend. Es betrachtet zweifellos auch den Indischen Ozean als Chinesische See. Der Kashmir-Trumpf kam Peking gut zustatten. Der Westen hat ihn den kommunistischen Pokerspielern versehentlich zugeschanzt.